

Krista Sager, Gert G. Wagner

# Wissenschaft unter Druck: Vertrauensverlust oder Zeichen gewachsener gesellschaftlicher Relevanz?

In der öffentlichen Debatte mehren sich Stimmen, die nicht nur einen gesellschaftlichen Vertrauensverlust der Wissenschaft konstatieren, sondern die Hauptschuld dafür bei der Wissenschaft selbst ausmachen. Ohne Zweifel kann die Wissenschaft einiges dazu beitragen, in sie gesetztes Vertrauen zu verspielen, und tut dies auch, etwa durch Fälschungs-Skandale. Die Wissenschaft kann entsprechend etliches tun, um Vertrauen zu bestärken und zu rechtfertigen (siehe hierzu den Beitrag von Jürgen Zöllner in diesem Band, S. 11–20).

Unsere These aber ist: Die verstärkte Kritik, welche die Wissenschaft aus Teilen von Politik und Gesellschaft spürt, wird in der Wissenschaft selbst und von kritischen Beobachtern und wohlwollenden Kommentatoren fälschlich als genereller Vertrauensverlust interpretiert. Es wird verkannt, dass die zunehmende Kritik die Folge einer gewachsenen gesellschaftlichen Bedeutung wissenschaftlicher Expertise ist. Diese äußert sich im Kontext politischer Auseinandersetzungen und Entscheidungen auch in direkten Angriffen, und deren Ausmaß ist für die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler neu. Sie müssen lernen, dass sie weder bedingungslose Unterstützung noch blindes Vertrauen erwarten können, und sie müssen sich darauf einstellen, mit Kritik – auch der unsachlichen Art – offen umzugehen. Wenn in diesem Kontext Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler meinen, Wissenschaft stehe quasi aufgrund ihrer Wissenschaftlichkeit über jeder Kritik, ist dies sicher falsch. Hilfreich wäre hingegen eine professionelle Wissenschaftskommunikation auf Basis einer zu etablierenden *Ethik* der Wissenschaftskommunikation, als Teil der Forschungsethik (zu den verschiedenen Formen der Hochschul- und Wissenschaftskommunikation siehe den Beitrag von Annette Leßmöllmann in diesem Band, S. 73–83).

In den Abschnitten I und II beschreiben wir das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Wissenschaft und die Gründe für deren Bedeutungszuwachs im politischen Raum. In den Abschnitten III und IV skizzieren wir Vorschläge für eine Verbesserung des Verhältnisses von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik. Abschnitt V fasst zusammen und gibt einen Ausblick.

## I Von einem generellen Vertrauensverlust in die Wissenschaft kann keine Rede sein

In der bevölkerungsrepräsentativen Erhebung „Wissenschaftsbarometer 2018“ sagen nur 7% der Befragten, dass sie Wissenschaft und Forschung nicht oder „eher nicht“ vertrauen.<sup>1</sup> 54% vertrauen der Wissenschaft, 39% zeigen sich unentschieden. Gegenüber 2017 ist das Misstrauen (12%) sogar signifikant gesunken und das Vertrauen (50%) leicht gestiegen. Unter Berücksichtigung der Unschärfen von Stichprobenerhebungen kann man zumindest von einer stabilen Lage ausgehen.

Dass mehr als ein Drittel der Befragten (2018: 39%) ihre Einschätzung der Wissenschaft als unentschieden bezeichnen, kann u. a. darauf verweisen, dass viele Menschen verschiedene Wissenschaftsgebiete unterschiedlich beurteilen. Wer der Grünen Gentechnik oder der embryonalen Stammzellforschung kritisch gegenüber steht, kann trotzdem hohe positive Erwartungen an die Klimaforschung oder die Forschung zur Elektromobilität haben.

Für ein differenzierendes Verständnis der Leistungsfähigkeit von Wissenschaft spricht auch, dass in der Erhebung von 2018 64% der Befragten Kontroversen zwischen Wissenschaftlern für hilfreich halten, „weil sie dazu beitragen, dass sich die richtigen Forschungsergebnisse durchsetzen“, auch wenn 56% der Meinung sind, dass dies die Beurteilung für Bürgerinnen und Bürger erschweren kann.

Die größte Sorge gilt laut Wissenschaftsbarometer dem Einfluss von Geldgebern und Wirtschaft (für 67% war dies der wichtigste Misstrauensgrund, 69% sind der Meinung, die Wirtschaft habe viel oder zu viel Einfluss auf die Wissenschaft). Dass das Vertrauen in die öffentlich finanzierte Wissenschaft aber grundsätzlich intakt ist, zeigt sich auch im Institutionenranking einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag der Mediengruppe RTL: Bei der Vertrauensfrage liegen die Universitäten in einer Gruppe von 26 gesellschaftlichen Institutionen auf Platz 2 (80%) hinter der Polizei (83%) und vor den Ärzten (78%).<sup>2</sup> Bemerkenswert ist auch, dass die Befragten des Wissenschaftsbarometers 2018 zu 52% ein großes oder eher großes Interesse an Wissenschaft und Forschung angaben, mehr als für Sport (41%) und Politik (49%).

Soweit die quantitativ bestimmbare Empirie, die nicht für einen wachsenden Vertrauensverlust in der Bevölkerung gegenüber der Wissenschaft spricht. Dar-

<sup>1</sup> Wissenschaft im Dialog, *Wissenschaftsbarometer 2018*, 2018, <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2018/>, besucht am 19.06.2019.

<sup>2</sup> Mediengruppe RTL Deutschland, *RTL/n-tv Trendbarometer. Forsa-Aktuell: Institutionen-Ranking*, 2019, <https://www.presseportal.de/pm/72183/4158914>, besucht am 28.06.2019.

über hinaus widersprechen ihm auch die gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen an die Wissenschaft, wesentlich zur Lösung gesellschaftlicher und politischer Probleme beizutragen. Die Forschung zu den sogenannten „großen Herausforderungen“ wird sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene mit erheblichem Mitteleinsatz unterstützt. Ob Klimawandel, demografische Entwicklung, Weltgesundheit, Energieversorgung, Mobilität, Ressourceneffizienz, Ernährung, gewaltsame Konflikte – je größer und komplexer die Aufgaben, desto größer die Hoffnung, Antworten aus der Wissenschaft zu erhalten.

In Übereinstimmung mit dem hohen Vertrauen in die Potenziale der Wissenschaft sind diejenigen Stimmen aus Politik und Gesellschaft, die eine noch stärkere Ausrichtung der Wissenschaft auf Lösungsbeiträge zu gesellschaftlichen Problemen fordern, in den vergangenen Jahren eher lauter denn leiser geworden. Was immer man davon halten mag, widerspricht dies offenbar dem Gefühl vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eines Vertrauensverlustes gegenüber der Wissenschaft. Selbst direkte politische Angriffe z. B. durch den US-Präsidenten Trump – sei es durch herabwürdigende Tweets oder die Kürzung von Forschungsprogrammen – zeigen: Wissenschaft ist selbst ihren Gegnern wichtig, denn sie fürchten ihre Ergebnisse.

Letztlich kann der Wissenschaftsbereich vom Vertrauensverlust anderer gesellschaftlicher Teilbereiche wie der Politik und den Medien sogar profitieren. Gleichzeitig kann die Wissenschaft angesichts der permanenten Vorläufigkeit ihrer Ergebnisse kein blindes Vertrauen erwarten. Vertrauen in die Wissenschaft kann in einer pluralen und kritischen Gesellschaft nur relativ sein. Was Unabhängigkeit und Rationalität sowie Distanz zu Machtinteressen und kommerziellen Motiven angeht, gibt es aber viele Akteure, denen die Bevölkerung und die Öffentlichkeit mehr misstrauen und von denen man weniger erwartet, als von den in der Wissenschaft Tätigen.

## **II Bedeutungszuwachs der Wissenschaft im Kontext politischer Auseinandersetzungen**

Die Politik stützt sich auf der Suche nach Kriterien für ihre Entscheidungen verstärkt auf wissenschaftliche Expertise, denn politische Entscheidungen sind immer Entscheidungen auf unsicherer Grundlage. Hohe Komplexität der Materie verbunden mit hohem Zeitdruck, erheblicher Mitteleinsatz bei Unübersichtlichkeit der Folgen verstärken im Rahmen politischer Vorhaben den Wunsch nach besseren Beurteilungsmöglichkeiten von Handlungsoptionen durch Rat aus der Wissenschaft. Die Hoffnung auf Orientierung, größere Sicherheit und verantwortliche Entlastung lassen die wissenschaftsbasierte Politikberatung boomen.

In Deutschland gibt es mehr Sachverständigenräte und Berichte denn je; und unablässig werden Gutachten zu diversen aktuellen Themen an Forschungseinrichtungen vergeben (für einen Überblick über die verschiedenen Formen wissenschaftlicher Politikberatung siehe den Beitrag von Silja Vöneky in diesem Band, S. 35–46).

Die Politik wird zu jeder halbwegs relevanten Frage mit Studien, Gutachten und Expertisen unterschiedlichster Provenienz geradezu überflutet. Es ist daher folgerichtig, dass in der Politik die Einholung und die Organisation von Beratungsangeboten eine wichtige Rolle spielen. Ebenso ist nicht überraschend, dass die Politik die Konstruktion der wissenschaftsbasierten Politikberatung auf nationaler, aber auch auf internationaler Ebene selbst in die Hand nimmt, teils durch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzte Kommissionen, Gremien und Einrichtungen, teils durch die Beauftragung von wissenschaftlichen Gutachten und Berichten. Man denke etwa an die Einrichtung des Weltklimarates IPCC, die Ernennung der Leopoldina zur Nationalakademie, das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, den wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, diverse Sachverständigengremien der Bundesregierung, wie die Expertenkommission für Forschung und Innovation, den Sachverständigenrat für Umweltfragen und seit mehr als fünf Jahrzehnten die „Wirtschaftsweisen“.<sup>3</sup>

Zu Recht fragen Bürgerinnen und Bürger auch zunehmend nach der Herkunft, Seriosität und Belastbarkeit von wissenschaftlichen Stellungnahmen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten diese berechtigten Nachfragen nicht als generelles Misstrauen in die Wissenschaft verstehen, sondern froh sein, dass nicht jede von Verbänden oder Interessengruppen in Auftrag gegebene Stellungnahme für bare Münze genommen wird. Wenn der politische Meinungsstreit zunehmend mit Gutachten und Studien ausgetragen wird, entsteht allerdings schnell der Eindruck, zu jeder politischen Überzeugung finde sich schon eine passende wissenschaftliche Untermauerung. Wenn der Verdacht der Korruptibilität oder Beliebigkeit aber erst einmal gesät ist, weitet sich die Vertrauenskrise der Politik leicht auf die Wissenschaft aus.

Es geht der Politik – und nicht erst seit Kurzem – nicht nur um die rationale Begründung und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen, sondern ganz wesentlich auch um deren Legitimation durch Verweis auf eine Autorität außerhalb der Politik selbst. Allerdings eignet sich die Berufung auf die Wis-

---

<sup>3</sup> Vgl. Heinrich Tiemann, Gert G. Wagner, *Die wissenschaftliche Politikberatung der Bundesregierung neu organisieren. Working Paper des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) Nr. 220*, Berlin 2013.

senschaft – der die kritische Auseinandersetzung selbst inhärent ist – nicht für irgendeine Form von „Basta“-Politik, die Alternativen systematisch ignoriert. Deswegen darf die Wissenschaft sich nicht verführen lassen, so zu tun, als stünde sie über Werturteilen, Interessen und demokratischen Entscheidungsprozessen.

Wissenschaft ist kein Ersatz für die oft mühseligen Aushandlungsprozesse in einer demokratischen Gesellschaft. Sie kann aber ein wichtiger Bezugspunkt sein, um demokratische Meinungsbildung auf rationaler Grundlage zu ermöglichen und zu erleichtern. Und diese Rolle der Wissenschaft wird immer wichtiger: In einer pluralistischen modernen Gesellschaft, die durch ethnische und kulturelle Heterogenität, Individualismus und Segregation gekennzeichnet ist, taugt die Berufung auf Ideologien, Traditionen, Weltanschauungen, religiöse Überzeugungen oder auch wirtschaftliche Interessen immer weniger, um politische Entscheidungen zu legitimieren.<sup>4</sup> Umgekehrt ist die Berufung auf das Gemeinwohl oder einen gemeinsamen gesellschaftlichen Grundwertekanon zu allgemein und zu abstrakt. Sie ersetzt keine expliziten Begründungen. Was ist da geeigneter als der Bezug auf den Stand der Wissenschaft, also einer Instanz, die sich nach eigener Auskunft ausschließlich der Wahrheit und rationalen Erkenntnis verpflichtet sieht – und in der Tat auch eine Kultur der rationalen Wahrheitssuche lebt? Aber bei politischen Entscheidungen geht es nicht nur um Wahrheit, sondern darum, welche Ziele und Interessen auf welche Weise und in welchem Ausmaß realisiert werden können. In einer Demokratie wird darüber nach Mehrheiten entschieden; dies kann nicht durch eine von der Wissenschaft behauptete „Objektivität“ ersetzt werden.

Wenn die Erwartungen an die handlungsleitenden Möglichkeiten der Wissenschaft wachsen und ihre Bedeutung für die Legitimation politischer Entscheidungen zunimmt, und wenn nicht nur einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern ganze Wissenschaftsorganisationen diesen Bedeutungszuwachs begrüßen und nutzen, ist es nicht verwunderlich, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in politischen Kontroversen häufig nicht als unabhängige Akteure, sondern als Kombattanten und direkte Gegner betrachtet werden. Man greift nicht allein die Klimapolitik, sondern gleich die Klimawissenschaften als solche an, man arbeitet sich nicht nur an der Gleichstellungspolitik ab, sondern setzt die gesamte Genderforschung auf den Index.

Es ist nicht bloß eine Fußnote der Geschichte, dass die Auseinandersetzung mit politisch unbequemer Wissenschaft zunehmend mit rüden Methoden erfolgt,

---

<sup>4</sup> Vgl. Krista Sager, „Vermittlungsprozesse zwischen Wissenschaft und Politik“, in *Sprache der Wissenschaft – Sprache der Politikberatung. Vermittlungsprozesse zwischen Wissenschaft und Politik. Dokumentation des Leopoldina-Symposiums im Oktober 2014*, Halle 2014, S. 94–107.

von der Attacke gegen einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Internet, über die Streichung von Mitteln (z. B. durch die Trump-Administration), bis zur Schließung von Einrichtungen (wie in Ungarn). Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler reagieren auf diese Angriffe meist verschreckt, weil sie es nicht gewohnt sind, in den politischen Schlagabtausch einbezogen zu werden. Die Wissenschaft täte aber gut daran, sich ihrer Rolle bewusst zu werden und sich auch auf Veränderungen im politischen Klima einzustellen. Wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nur auf die Politik schimpfen, nutzt das weder ihnen selbst noch der Wissenschaft und schon gar nicht der Gesellschaft.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen sich einmischen und auch unsachliche Kritik aushalten. Denn ganz offenbar geht es bei den derzeitigen populistischen Angriffen auf die Wissenschaft auch darum, ob es gelingt, in demokratischen Gesellschaften eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage zu bewahren. Wer die Möglichkeit zur Verständigung auf rationaler Grundlage aufkündigt und zerstört, gefährdet nicht nur die Freiheit der Wissenschaft und die Akzeptanz für den für freie Wissenschaft notwendigen Ressourceneinsatz, sondern auch den Zusammenhalt in einer pluralistischen Gesellschaft. Rechtspopulistische und religiös-fundamentalistische Angriffe auf die Wissenschaft bzw. auf wissenschaftliche Teilbereiche stellen letztlich den Versuch dar, die rationale Basis für eine demokratische Meinungsbildung zu zerschlagen.

Sortieren wir die Argumente: Relevanz impliziert notwendigerweise Kritik. Nur wer irrelevante Statements abgibt, wird nicht kritisiert. Und wer für sich in Anspruch nimmt, absolute Wahrheiten zu verkünden, die umgehend in politisches Handeln umgesetzt werden sollen – wie einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dies immer mal wieder in der öffentlichen Debatte reklamieren –, provoziert zu Recht harsche Kritik.

Es wäre für das Wissenschaftssystem hilfreich, nicht jeden Angriff als allgemeinen Vertrauensverlust „der Gesellschaft“ zu interpretieren – im politischen Streit um relevante Themen (wie etwa den Klimaschutz) wird nun einmal hart gestritten. Dies sollten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit mehr Gelassenheit und Selbstbewusstsein ertragen. Im Übrigen können sie selbst dazu beitragen, die Erwartungen an die Wissenschaft auf eine rationale Basis zu stellen und eigene Beiträge zum Vertrauensschwund zu reduzieren (vgl. Abschnitt II unten).

Schließlich sei noch einmal gesagt: Politik und Gesellschaft haben ein gemeinsames Interesse, Attacken, die sich auf die Freiheit der Wissenschaft und damit auch auf den notwendigen Raum für wissenschaftliche Kontroversen richten, entgegenzutreten. Auch die Wissenschaft ist hier in der Pflicht, sich zu wehren. Wenn die Begründung politischer Entscheidungen nicht mehr durch möglichst gut dokumentierte und aktuelle Erkenntnisse und auf der Basis von

Fakten geschieht, was könnte dann an deren Stelle treten? Wer möchte in einer Welt leben, in der Politiker dauerhaft damit durchkommen, ihre Handlungen auf Lügen, Irreführungen und *Fake News* zu stützen oder auch auf irrationale Ideologien? Aber es gilt auch: Die Wissenschaft kann sich nicht dadurch wehren, dass sie einen absoluten Wahrheitsanspruch formuliert. Vielmehr muss sie ihre Erkenntnisse differenziert darstellen und darf innerwissenschaftliche Kontroversen und die Vorläufigkeit ihrer Ergebnisse nicht verschweigen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können dabei auch zur Beantwortung ethischer Fragen etwas beitragen und auch moralische Forderungen formulieren (siehe hierzu auch die Überlegungen von Silja Vöneky, Daniel Eggers und von Wilfried Hinsch und Lukas H. Meyer in diesem Band, S. 35–46, 61–72 und 87–103). Sie müssen dies aber auf rationaler Basis tun und auf Werturteile, die einen exklusiven Anspruch auf moralische Richtigkeit erheben, verzichten.

### **III Was kann Wissenschaft tun, um Vertrauen zu bestärken, was sollte sie tunlichst vermeiden?**

Grundvoraussetzung für gesellschaftliches Vertrauen in die Wissenschaft ist, dass überhaupt ein Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft stattfindet. Öffentlich finanzierte Wissenschaft sollte generell bereit sein, sich öffentlich zu erklären und einen Dialog mit anderen Stakeholdern zu führen. Schließlich sind die für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellten Mittel – in Deutschland besonders die Aufwüchse für die außeruniversitäre Forschung – beachtlich. Die hohe Akzeptanz für diese Zukunftsinvestitionen unterstreicht das gesellschaftliche Grundvertrauen in die hohe Bedeutung, die der Wissenschaft für die zukünftige Wohlstands- und Wohlfahrtsentwicklung zukommt. Diese Akzeptanz ist aber zugleich eine Verpflichtung für die in der Wissenschaft Tätigen, verständlich darzulegen, was sie eigentlich aus welchem Grund mit ihren Ressourcen betreiben.

Dabei geht es nicht um kurzatmige Nützlichkeitsversprechen, wohl aber um die Begründung von Relevanz, etwa im Prozess wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung. Die Perspektiven anderer gesellschaftlicher Akteure können wiederum fruchtbare Impulse für die Wissenschaft geben. Gleichzeitig bietet sich die Chance, in der Gesellschaft ein besseres Verständnis für die Eigengesetzlichkeiten wissenschaftlichen Arbeitens und dessen Bedingungen zu fördern. Voraussetzung ist, dass der Austausch mit anderen gesellschaftlichen Akteuren nicht als reine Akzeptanz-Kommunikation oder bloße Gelegenheit zur Selbstvermarktung verstanden wird. Die Wissenschaft muss sich systematisch auf Dialoge mit den



Bürgerinnen und Bürgern und der Öffentlichkeit einlassen, und dazu gehört naturgemäß auch der Umgang mit Kritik.

Erfreulicherweise haben sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den letzten Jahren deutlich stärker gegenüber der Gesellschaft geöffnet. Als Beispiel sei hier die Erweiterung des Transferbegriffs unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft genannt, mit seinen vielseitigen Kooperationsformen und Verbindungen (*Third Mission*). *Service Learning* und *Citizen Science*-Projekte gibt es inzwischen fast an jeder größeren Hochschule. Netzwerke für eine nachhaltige Hochschulentwicklung mit über 100 teilnehmenden Einrichtungen dokumentieren die Bereitschaft zu einer Verantwortungsübernahme, die über Forschung und Lehre hinausgeht. Auch die Einbeziehung externer Expertise von Bürgerinnen und Bürgern in den Erkenntnisprozess wird stärker diskutiert, und es gibt mehr und mehr transdisziplinäre Forschungsansätze (siehe hierzu den Beitrag von Maïke Weißpflug und Johannes Vogel in diesem Band, S. 105–118). Dies zeigt die zunehmende Einsicht in der Wissenschaft, dass sie keine ewigen Wahrheiten zu verkünden hat, sondern sich auf einen kritischen, und manchmal auch unangenehmen, Dialog mit der Gesellschaft einlassen muss.

Kernpunkt eines Vertrauensvorschlusses zugunsten der Wissenschaft ist deren Redlichkeit. Hier scheint es gegensätzliche Tendenzen zu geben. Zum einen gibt es inzwischen eine stärkere öffentliche Resonanz auf wissenschaftliches Fehlverhalten. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass das Aufdecken von Plagiaten und Fälschungen im Regelfall durch in der Wissenschaft Tätige selbst geschieht. Das Thema „gute wissenschaftliche Praxis“ wird von den großen Wissenschaftsorganisationen seit einigen Jahren verstärkt aufgegriffen und hat durch organisatorische Maßnahmen und die Integration in die akademische Ausbildung auch praktische Bedeutung erlangt.

Dem steht allerdings das oft mangelnde Bewusstsein einer jungen Studierendengeneration etwa für die Problematik von *Copy and Paste* bei wissenschaftlichen Arbeiten entgegen. Ebenso scheinen ein gewaltiger Publikationsdruck und prekäre Beschäftigungsverhältnisse die Gefahr zu erhöhen, es mit der unredlichen „Verschönerung“ von Ergebnissen nicht so genau zu nehmen.

Es gibt in den meisten Disziplinen noch keine ausgeprägte Kultur, wissenschaftsöffentlich mit Fehlversuchen und Irrwegen umzugehen, gleichgültig wie hilfreich dies auch für den Erkenntnisgewinn wäre. Probleme entstehen auch, wenn Wissenschaftler schlicht nicht in der Lage sind, Daten angemessen zu interpretieren. Insofern ist zu begrüßen, dass *Data Literacy* inzwischen an vielen Universitäten als Zukunftskompetenz ernster genommen wird.

Man sollte aber denjenigen, die aus politischen Motiven pauschale Fälschungsvorwürfe gegen „die Wissenschaft“ erheben, nicht den Gefallen tun, den



Eindruck zu bestärken, überzogene Interpretationen, reine Selbstvermarktung und Betrug seien in der Wissenschaft der Normalfall.

Insbesondere die Art der Beteiligung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an der Wissenschaftskommunikation und der wissenschaftsbasierten Politikberatung kann erheblich zur Reputationsbeschädigung beitragen. Besonders das „overselling“ von Ergebnissen scheint für viele eine Versuchung im Wettbewerb um Mittel, Aufmerksamkeit und Ressourcen zu sein. Übertriebene Heils- und Nützlichkeitsversprechen stehen als Marketingstrategie im klaren Widerspruch zu den gesellschaftlichen Aufgaben einer seriösen Wissenschaftskommunikation. Überzogene Interpretationen und Forderungen sollten aus dem Wissenschaftssystem selbst heraus kritisiert werden.

Es ist zu begrüßen, dass die wissenschaftlichen Akademien, insbesondere die Leopoldina und die Berlin-Brandenburger-Akademie, aber z.B. auch die VW-Stiftung und die Organisation Wissenschaft im Dialog sich seit Jahren um die Entwicklung von Leitlinien, Qualitätskriterien und Standards für eine „gute Praxis“ der Wissenschaftskommunikation und der wissenschaftsbasierten Politikberatung bemühen<sup>5</sup> und Akteure und Experten aus diesem Bereich immer wieder zur kritischen Reflexion über deren Weiterentwicklung einladen. Hier gibt es trotzdem noch einiges zu tun.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind frei, sich als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu artikulieren. Und wenn sie ihre Überzeugungen gut begründen können: umso besser für die politische Debatte. Sie sollten aber sorgfältig unterscheiden zwischen dem, was derzeitiger Stand der Wissenschaft ist, und dem, was sie persönlich für politisch wünschenswert halten. Im Bereich der Wissenschaft sollten Unsicherheiten und Grenzen des jeweiligen Forschungsstandes mitkommuniziert werden. Wissenschaft ist nicht im Besitz der Wahrheit, sondern der prinzipiell un abgeschlossene Versuch der Ermittlung von Wahrheit als „etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes“<sup>6</sup>. Widerspruch und Kritik sind der Wissenschaft selbst inhärent. Im Bereich der Handlungsempfehlungen kann es schon gar nicht nur eine Wahrheit geben, vielmehr geht es bei der wissenschaftsbasierten Politikberatung um „die Explo-

---

5 Vgl. etwa Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, *Leitlinien Politikberatung*, Berlin 2008; und Wissenschaft im Dialog, *Walk the Talk – Chefsache Wissenschaftskommunikation. Siggner Impulse 2018, 2019*, [https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user\\_upload/Ueber\\_uns/Gut\\_Siggen/Dokumente/Siggner\\_Impulse\\_2018\\_Chefsache\\_Wissenschaftskommunikation\\_final.pdf](https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Ueber_uns/Gut_Siggen/Dokumente/Siggner_Impulse_2018_Chefsache_Wissenschaftskommunikation_final.pdf), besucht am 28.06.2019.

6 Wilhelm von Humboldt, Über die innere und äussere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, 1809/10, <https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/5305/229.pdf?sequence=1>, besucht am 27.06.2019.

ration politisch relevanter Konsequenzen alternativer Optionen.“<sup>47</sup> Dort, wo es am Ende auch um Wertentscheidungen geht, kann Wissenschaft zur rationalen Diskussion beitragen. Sie kann aber nicht stellvertretend für die Gesellschaft Entscheidungen treffen.

Der Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft über Handlungsoptionen sollte auf Augenhöhe stattfinden. Wissenschaft ist weder ein reiner Zulieferbetrieb für beliebige politische Entscheidungen noch kann die Wissenschaft den Anspruch erheben, ihre Erkenntnisse seien Eins zu Eins umzusetzen. Schließlich legitimiert sich politisches Handeln in demokratischen Gesellschaften nicht durch die Einlösung von Wahrheitsansprüchen, sondern durch Mehrheiten. Und letztere setzen die Bereitschaft zum Kompromiss voraus.

Wer gegenüber der Politik beratend tätig werden will, muss sich mit den Abläufen, Mechanismen und Eigengesetzlichkeiten dieses Bereichs vertraut machen, auch wenn er oder sie dem politischen Taktieren und strategischen Handeln zunächst fremd gegenüber steht. Was der Mehrheitsbildung in Gesellschaft, Parteien, Fraktionen, Parlamenten und Regierungen dient, darf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht *per se* suspekt sein. Sie müssen akzeptieren, dass Mehrheitsbildung in einer Demokratie notwendig und meist schwierig ist, nicht zuletzt, weil es kaum erwünschte Folgen gibt, die nicht mit unerwünschten Nebenwirkungen einhergehen.

Der missionarische Eifer und Wirkungsanspruch, den manche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an die Politik herantragen, steht mitunter im umgekehrten Verhältnis zu ihrer eigenen fehlenden demokratischen Legitimation. Und gerade Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die innerhalb des Wissenschaftssystems mit Erfolg machtbewusst handeln, akzeptieren nicht gerne, dass ihr Machtanspruch außerhalb des Wissenschaftssystems nicht anerkannt wird, und lassen sich oft nur ungern auf die Spielregeln der Demokratie ein.

Diese Spielregeln zu akzeptieren, heißt nun nicht, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre wissenschaftliche Ethik beiseite legen sollen. Im Gegenteil: Um die Relevanz der Wissenschaft in der Gesellschaft und bei politischen

---

7 Vgl. Cornelis Menke, „Die Kartografie gangbarer Zukunftspfade – Modelle wissenschaftlicher Politikberatung. Gespräch mit Ottmar Edenhofer“, *Jahresmagazin der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 2013/2014*, S. 58–65; und Ottmar Edenhofer, Martin Kowarsch, „Ausbruch aus dem stahlharten Gehäuse der Hörigkeit – Modelle wissenschaftlicher Politikberatung“, in Peter Weingart, Gert G. Wagner (Hg.), *Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest*, Weilerswist 2015, S. 83–106.

Entscheidungen zu stärken, muss das Wissenschaftssystem eine eigene „Ethik des Wissenstransfers“ entwickeln.<sup>8</sup>

Die wohl wichtigste Regel einer forschungsethisch integren Wissenschaftskommunikation ist „Du sollst nicht übertreiben“. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ihre Ergebnisse überinterpretieren, schaden dem Wissenschaftssystem selbst, indem sie die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft untergraben. Selbstdisziplin beim Transfer ist in Zeiten einer leicht machbaren digitalen Selbstvermarktung der Wissenschaft und ihrer Betreiber so wichtig wie nie, da eine Einordnung von Nachrichten durch kritischen Fachjournalismus kaum noch stattfindet (siehe hierzu den Beitrag von Nicola Kuhrt in diesem Band, S. 49–60). Die Leibniz-Gemeinschaft hat dies in ihrem Leitbild für guten Transfer so formuliert: Es sollte „klar kommuniziert werden, mit welchen Unsicherheiten Ergebnisse behaftet sind, welche Interpretationen die Datengrundlage zulässt und wo die Grenze zur persönlichen Meinung einer Wissenschaftlerin oder eines Wissenschaftlers liegt. Solche persönlichen Meinungen sollten stets und in allen Transferformaten eindeutig gekennzeichnet werden“<sup>9</sup>.

Die Notwendigkeit einer Ethik des Wissenstransfers ergibt sich auch aus dem ausgeprägten Misstrauen der Öffentlichkeit bezüglich des Verhältnisses von Wissenschaft und Wirtschaft. Nur Transparenz und klare Compliance-Regeln beugen bei Kooperationen mit privaten und nicht-wissenschaftlichen Geldgebern einem Vertrauensverlust vor. Diese sind aber unserem Eindruck nach bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen derzeit besser umgesetzt als in der Mehrheit der Hochschulen.

## IV Was kann die Politik tun?

Wenn die Gesellschaft besser von wissenschaftlicher Beratung profitieren soll, als es jetzt der Fall ist, muss nicht nur das Wissenschaftssystem lernen, seine Kommunikation und Beratung auf einer forschungsethischen Grundlage besser zu organisieren. Auch die Politik muss einem politischen Missbrauch wissenschaftlicher Expertise und Autorität durch entsprechende Selbstverpflichtungen entgegen wirken.

Es ist allgemein bekannt, dass Entscheidungsträger dazu neigen, sich wissenschaftlicher Expertise zu bedienen, die ihnen hilft, ihre Entscheidungen

---

<sup>8</sup> Vgl. Gert G. Wagner, „Zur Forschungsethik gehört auch eine ‚Ethik der Politikberatung‘“, in Sebastian Dullien et al. (Hg.), *Makroökonomie im Dienste der Menschen – Festschrift für Gustav A. Horn*, Berlin 2019 (im Druck).

<sup>9</sup> Leibniz-Gemeinschaft (in Vorbereitung)

durchzusetzen. Dadurch kommt es leicht zu einseitigen Besetzungen von Beratungsgremien. Das ist u. a. mit der Gefahr verbunden, dass die Politik dem gerade aktuellen *Mainstream* folgt, unter Ausblendung heterodoxer Ansätze. Bei der Besetzung von Gremien mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sollten alle für die Fragestellung relevanten Disziplinen und Ansätze berücksichtigt werden. Dort, wo die Perspektive unterschiedlicher Lebensbereiche eine besondere Rolle spielt, kann Heterodoxie hergestellt werden, indem nicht nur Wissenschaftsorganisationen für die Nominierung von Beratungsgremien herangezogen werden, sondern auch andere gesellschaftliche Gruppen. Letzteres ist beim Rat für Nachhaltige Entwicklung oder auch beim Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Situation (vulgo: „Wirtschaftsweise“) der Fall (die geregelte Anhörung von Wissenschaftsorganisationen allerdings nicht).

Dass heterodoxe Besetzungen von wissenschaftlichen Beratungsgremien aus Sicht des *Mainstreams* einer Wissenschaft die „Schlagkraft“ der wissenschaftlichen Argumente verringern (da es in so besetzten Gremien oft Streit gibt), ist aus Sicht der Gesellschaft kein Problem, sondern wünschenswert: Wenn die *Mainstream*-Argumente schwach sind, sollte dies transparent gemacht und nicht verschleiert werden.

Heterodoxie darf aber nicht mit der Anwendung außerwissenschaftlicher Kriterien verwechselt werden. Die Organisation der Beratung nach Parteienproportz etwa ist sicherlich problematisch. Politik und Wissenschaft sind sehr unterschiedliche Reputationsysteme mit divergierenden Anerkennungsmechanismen. Autonomie, wissenschaftliche Unabhängigkeit und Wahrhaftigkeit sowie Vielfalt der Perspektiven kann auch in Gefahr geraten, wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ihre Rolle in der Politikberatung bedeutsamer erscheint als die kritische Anerkennung durch die wissenschaftlichen *Peers*. Deshalb sollten Wissenschaftsorganisationen bei der Nominierung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine zentrale Stellung einnehmen, wegen des *Mainstream*-Problems aber nicht das letzte Wort haben.

In Deutschland wäre es auf der Bundesebene hilfreich zu prüfen, ob die Vielzahl von Beratungsgremien ganz unterschiedlichen Zuschnitts überhaupt notwendig ist.<sup>10</sup> Geht es bei der hohen Zahl von Beiräten um den Pluralismus wissenschaftlicher Perspektiven oder eher um die Herstellung politischer Nahbeziehungen?

Transparenz lässt sich am besten herstellen, indem Berichte unabhängiger Sachverständiger klar abgegrenzt werden von den darauf bezogenen Stellung-

---

<sup>10</sup> Vgl. Heinrich Tiemann, Gert G. Wagner, „Das politische Management von Wohlstandsindikatoren“, *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Nr. 1–2, 2013, S. 64–67.

nahmen der Bundesregierung. Dies ist aber nicht immer der Fall. Teilweise nimmt die Bundesregierung zu beauftragten Sachverständigenberichten gar nicht Stellung, was der Debatte nicht zuträglich ist. Bei manchen Berichten ist die Vermischung von ministerieller Eigenproduktion und wissenschaftlichem Expertenbeitrag überhaupt nicht ersichtlich und folglich nicht erkennbar, wer wem aus welchen Motiven was hineinredigiert hat (etwa beim Armuts- und Reichtumsbericht).

Die klare Trennung von unabhängiger Sachverständigenmeinung und Regierungsbewertung sollte, soweit möglich, für alle Politikbereiche umgesetzt werden. Die Politik sollte viel mehr als bisher dafür Sorge tragen, dass die von ihr in Auftrag gegebenen Berichte auch Gegenstand einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung werden. Mit der bloßen Entgegennahme von Berichten wird man weder der Arbeit der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerecht noch dem Anspruch der Gesellschaft, an der politischen Meinungsbildung beteiligt zu werden. Fortschrittsberichte über die Politikentwicklung in einzelnen Feldern könnten durch einen auf wissenschaftliche Expertise gestützten Monitoring-Bericht und die darauf bezogenen Stellungnahmen der politisch Verantwortlichen klarer strukturiert werden.

Schließlich könnten für die *interne Beratung* der Bundesregierung hochrangig besetzte offizielle Beraterstäbe eingesetzt werden, deren Mitglieder offen die politischen Zielsetzungen der Regierung unterstützen. Das US-amerikanische *Council of Economic Advisers* könnte Vorbild sein: Auf Zeit stellen sich in den USA renommierte Wissenschaftler in den Dienst der Regierung.

Es ist klar, dass politische Entscheidungsträger die Möglichkeit und das Recht haben müssen, ihre *internen Berater* nach politischen Kriterien zu berufen. Umgekehrt sollten aber unabhängige wissenschaftliche Sachverständigenräte keineswegs allein durch politische Entscheidungen besetzt werden. Ihre Mitglieder sollten vielmehr vom Wissenschaftssystem und seinen Organisationen nominiert werden, wie dies vorbildlich für die Mitglieder der wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates in Deutschland gilt. In der Regel werden heute Sachverständigenräte und Berichtskommissionen auf der Ebene der Bundesregierung autonom von Ministerien und dem Bundeskanzleramt besetzt. Teilweise werden Mitglieder der wissenschaftlichen Beratungsgremien sogar nach einem Regierungswechsel unter parteipolitischen Gesichtspunkten ausgetauscht. Hier wäre eine Selbstverpflichtung sinnvoll, bei der Besetzung von wichtigen Kommissionen und Beratungsgremien etwa den Wissenschaftsrat oder wissenschaftliche Fachorganisationen um Nominierungsvorschläge zu bitten.

## V Fazit

Die in den letzten Jahren zunehmende harte Kritik an der Wissenschaft in verschiedenen politischen Kontexten indiziert keineswegs einen generellen Vertrauensverlust der Wissenschaft in der Gesellschaft und der Politik. Die Kritik ist statt dessen ein Ausweis der hohen Relevanz der Wissenschaft. Was relevant ist, ist immer auch der Kritik ausgesetzt. Es wird Zeit, dass das Wissenschaftssystem dies erkennt, akzeptiert und richtig einordnet. Der große Ressourceneinsatz für die Forschung ist Ausdruck eines erheblichen Vertrauens in die „Problemlösungskompetenz“ der Wissenschaft, bringt für diese zugleich aber einen steigenden Rechtfertigungszwang mit sich. Dieser reicht bis zu direkten Interventionen aus der Gesellschaft und der Politik heraus und Versuchen, gesellschaftliche und politische Ziele mit Hilfe der Wissenschaft durchzusetzen. Demgegenüber muss die Wissenschaft ihre Autonomie verteidigen. Und sie muss eine Forschungsethik für den Wissenstransfer entwickeln. Es geht dabei nicht nur darum, innerhalb der Wissenschaft korrekt zu arbeiten, sondern auch darum, ethische Leitlinien für die Wissenschaftskommunikation, den Wissenstransfer und die Politikberatung zu entwickeln und diese Leitlinien institutionell auszugestalten.

Auf Seiten der Politik wäre gefordert, Prozeduren für die Diskussion von Sachverständigenberichten zu entwickeln und eine deutlichere Trennung von Sachverständigenbericht und politischer Stellungnahme vorzunehmen. Zudem sollte die Politik sich verpflichten, unabhängige Sachverständigenräte nicht unter politischen Gesichtspunkten zu besetzen, sondern maßgeblich die wissenschaftliche *Community* und ihre Einrichtungen zu beteiligen. Wenn wissenschaftliche und gesellschaftliche Freiheit nicht langfristig gefährdet werden sollen, braucht es einen Vertrauensvorschuss für die Wissenschaft.